



Verwaltungsrat

354. Tagung, Genf, 14. Juni 2025

Institutionelle Sektion

INS

Datum: 23. Mai 2025

Original: Englisch

Sechster Punkt der Tagesordnung

Entwicklungen bei der Anwendung der Entschlieung über die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter dem Aspekt des Mandats der Internationalen Arbeitsorganisation

1. Auf seiner 344. Tagung im März 2022 nahm der Verwaltungsrat eine Entschlieung über die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine an, in der er die Bedeutung des Mandats der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in Konfliktzeiten hervorhob. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Vorlage entwickelt sich die Situation weiter, wobei verstärkte diplomatische Bemühungen um eine friedliche Lösung unternommen werden. In der Entschlieung wurde das Amt aufgefordert, den dreigliedrigen Mitgliedsgruppen in der Ukraine jede mögliche Unterstützung zukommen zu lassen und die fachliche Zusammenarbeit oder Hilfe für alle anderen in den Zuständigkeitsbereich des Fachuntersttzungsteams der IAO für menschenwürdige Arbeit und Landesbros für Osteuropa und Zentralasien (DWT/CO-Moskau) fallenden Länder fortzuführen, gleichzeitig jedoch die fachliche Zusammenarbeit oder Hilfe der IAO für die Russische Föderation, mit Ausnahme von humanitärer Hilfe, vorübergehend einzustellen, bis ein Waffenstillstand vereinbart und eine friedliche Lösung umgesetzt ist.¹ Der Verwaltungsrat bekräftigte diese Maßnahmen auf späteren Tagungen und forderte den Generaldirektor auf, seine Bemühungen um die Ressourcenmobilisierung für die Ukraine und andere betroffene Länder in Osteuropa und Zentralasien zu verstärken. Darüber hinaus betonte er die Notwendigkeit, die Auswirkungen der Aggression auf die Arbeitswelt weiter zu verfolgen, insbesondere durch die Zusammenarbeit mit den maßgeblichen Organen der Vereinten Natio-

¹ IAO, [Entschlieung über die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter dem Aspekt des Mandats der Internationalen Arbeitsorganisation \(IAO\)](#), 2022. (Liegt nur auf Englisch, Französisch und Spanisch vor)

nen (UN), um Rechtsverletzungen und die Situation besonders betroffener Gruppen wie Seeleuten und Beschäftigten in der Atomindustrie zu bewerten.

► Auswirkungen auf die Welt der Arbeit in der Ukraine

2. Die Prognosen für das reale BIP-Wachstum der Ukraine werden derzeit für den Zeitraum 2025–2026 im Vergleich zu früheren Überprüfungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) nach unten korrigiert, wobei mit einer Wachstumsverlangsamung von 2 bis 3 Prozent im Jahr 2025 zu rechnen ist. Vorläufigen nationalen Schätzungen zufolge nahm das reale BIP im Februar 2025 im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Prozent zu, angekurbelt durch das Baugewerbe, das verarbeitende Gewerbe und den Handel, wenngleich das Wachstum durch Angriffe auf die Energieinfrastruktureinrichtungen und eine verringerte Exporttätigkeit gebremst wurde.^{2 3} Darüber hinaus stieg die Inflation im März 2025 im Jahresvergleich auf 14,6 Prozent, was auf die anhaltenden Auswirkungen der geringen Ernte im Jahr 2024, höhere Verbrauchssteuern und die robuste Verbrauchernachfrage zurückzuführen ist.⁴ Im Januar 2025 waren 12,7 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen, von denen nahezu 5 Millionen unter Ernährungsunsicherheit litten.⁵ Gleichzeitig führte die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften zu einem Anstieg der Löhne. Ende 2024 hatten die Reallöhne in vielen Sektoren das Vorkriegsniveau überschritten, wodurch der inflationäre Druck etwas verringert wurde. Die Ukrainische Nationalbank prognostiziert bis 2027 ein anhaltendes Reallohnwachstum von jährlich 3 bis 4 Prozent.⁶
3. UN-Menschenrechtsbeobachter berichten, dass die Stadt Kiew und mindestens acht weitere Regionen der Ukraine zunehmend Ziel groß angelegter koordinierter Angriffe sind, von denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im ganzen Land betroffen sind.⁷ Die Feindseligkeiten nahmen zwischen Februar und April 2025 zu, wobei groß angelegte Angriffe aus Krywyj Rih, Dnipro, Saporischschja, Charkiw, Kropywnytskyi, Sumy und Dobropillja gemeldet wurden. Am 24. März wurden bei einem Angriff in Mykhailivka (Region Luhansk) sechs Zivilisten getötet, darunter drei Medienschaffende.⁸ Am 13. April wurden Berichten zufolge bei einem Raketenangriff auf das Stadtzentrum von Sumy mindestens 20 Menschen getötet, zahlreiche weitere Menschen verletzt und Wohngebäude, eine Bildungseinrichtung und Fahrzeuge des öffentlichen Nahverkehrs beschädigt.⁹ Durch den Krieg sind Beschäftigte in den maßgeblichen Sektoren wie Gesundheitswesen, Bildungswesen, Bergbau und Energieversorgung weiterhin einem erhöhten Risiko ausgesetzt, wobei die UN von einem starken Anstieg der Angriffe auf wesentliche Infrastruktureinrichtungen berichten. Nach Schätzungen des Entwicklungsprogramms der

² IMF, *Ukraine: Seventh Review Under the Extended Arrangement Under the Extended Fund Facility, Requests for Modification of a Performance Criterion, Rephasing of Access, and Financing Assurances Review-Press Release; Staff Report; and Statement by the Alternate Executive Director for Ukraine*, Länderbericht Nr. 25/78, März 2025.

³ Wirtschaftsministerium der Ukraine, „Die ukrainische Wirtschaft wuchs seit dem Jahresbeginn um 1,1 Prozent, die Haupttriebkkräfte sind das Baugewerbe, das verarbeitende Gewerbe und der Handel“, Pressemitteilung, 19. März 2025.

⁴ Ukrainische Nationalbank (NBU), „[NBU March 2025 Inflation Update](#)“, 17. April 2025.

⁵ OCHA, *Ukraine Humanitarian Needs and Response Plan 2025*, April 2025.

⁶ NBU, „[NBU March 2025 Inflation Update](#)“.

⁷ OHCHR, „[Sustained large-scale attacks by Russian armed forces kill and injure civilians across Ukraine in April](#)“, UN Human Rights Monitoring Mission in Ukraine, 24. April 2025.

⁸ OHCHR, *Ukraine: Protection of Civilians in Armed Conflict*, März 2025.

⁹ UN, „[UN denounces deadly Palm Sunday attack in Ukraine](#)“, UN News, 14. April 2025.

Vereinten Nationen (UNDP) in der Ukraine wurden bei den Wiederaufbaubemühungen von systemrelevanten Diensten mehr als 100 Arbeiter der Energieversorgung getötet und des Weiteren mehr als 300 verletzt,¹⁰ und aus jüngsten Berichten geht hervor, dass 2024 mindestens 306 Angriffe auf medizinische Einrichtungen verübt wurden.¹¹ Am 23. April 2025 wurde ein Shuttlebus in Marhanez, Region Dnipropetrowsk, in dem sich Arbeiter auf dem Weg zu einer Bergbau- und Verarbeitungsanlage befanden, von einer russischen FPV-Drohne („First-Person-View“-Drohne) getroffen. Neun Arbeiter kamen dabei ums Leben und nahezu 50 Menschen wurden verletzt.¹²

4. Die Einhaltung der Arbeitnehmerrechte in der Ukraine wird weiterhin durch zahlreiche Verletzungen und Verstöße erschwert. In einem am 7. April 2025 beim Generaldirektor eingegangenen Schreiben lieferte der Globale Gewerkschaftsbund IndustriALL aktuelle Informationen über die wachsende Zahl von Arbeitnehmern des Kernkraftwerks Saporischschja (ZNPP), die von den russischen Besatzungstruppen entführt wurden. IndustriALL fordert die sofortige Freilassung der in seinem Schreiben erwähnten 13 Arbeiter, die allesamt Mitglieder ihrer angeschlossenen Mitgliedsorganisation, der ukrainischen Gewerkschaft der Arbeitnehmer in Kernkraftwerken und der Atomindustrie (Atomprofspilka), sind. Bei den jüngsten drei Entführungen, die zu den zehn Fällen hinzukommen, die in früheren, dem Verwaltungsrat vorgelegten Berichten erwähnt wurden, handelt es sich um Sergeev Dmytro Olexandrovych, Zverev Volodymyr Lvovych und Kachkareva Liliya Anatoliivna. Laut dem Schreiben von IndustriALL handelt es sich bei den drei Arbeitern des ZNPP um einen Techniker des metallurgischen Kontrolldienstes, die von Mitarbeitern des inländischen Geheimdienstes der Russischen Föderation (FSB) verschleppt wurde und sich trotz schwerer gesundheitlicher Probleme derzeit in Melitopol in Haft befindet, einen Spezialisten für zerstörungsfreie Prüfungen, der zuletzt an einem Kontrollpunkt in Uspenka festgehalten wurde und dessen derzeitiger Aufenthaltsort unbekannt ist, sowie eine Wartungsfachkraft, die vor ihrer Verlegung in die Untersuchungshaftanstalt Nr. 2 in Mariupol in Enerhodar festgehalten wurde. Sie sind weiterhin illegal ihrer Freiheit beraubt und in Gebieten unter vorübergehend militärischer Besatzung inhaftiert.
5. Laut Berichten der UN werden die Bewohner der besetzten Gebiete gezwungen, die russische Staatsbürgerschaft anzunehmen, um Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und Sozialleistungen zu erhalten.¹³ Das gewaltsame Verschwindenlassen von Zivilisten, darunter Kommunalbeamte, Staatsbedienstete oder Beamte und Journalisten, geht weiter. Seit Januar 2022 sind laut Berichten der UN 22 Journalisten in der Ukraine ums Leben gekommen, vier davon seit Januar 2025, und weitere Journalisten wurden zusammen mit Mitarbeitern der Kommunalverwaltung und lokalen Beamten verhaftet.^{14 15} Die kumulative Exposition gegenüber gefährlichen Arbeitsbedingungen in Verbindung mit der Zerstörung der Infrastruktur und der psychischen Belastung verdeutlicht darüber hinaus den dringend Bedarf an verstärkten Arbeits-

¹⁰ UNDP, „[Norway and UNDP deliver critical energy equipment to strengthen Ukraine's energy grid](#)“, 26. März 2025.

¹¹ OHCHR, „[Three years since the full-scale invasion of Ukraine: Key facts and findings about the impact on human rights \(24 February 2022 to February 2025\)](#)“ (Fact sheet), 2.

¹² OHCHR, „[Sustained large-scale attacks by Russian armed forces kill and injure civilians across Ukraine in April](#)“.

¹³ UN, „[Press release on the United Nations High Commissioner for Human Rights Volker Türk Update to the Human Rights Council on Ukraine](#)“, 1. April 2025.

¹⁴ Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), „[Observatory of Killed Journalists: Ukraine](#)“, abgerufen am 5. Mai 2025.

¹⁵ UN, „[Press release on Enforced disappearances committed by Russian authorities amount to crimes against humanity, says UN Commission of Inquiry](#)“, 19. März 2025.

Schutzmaßnahmen, psychosoziale Unterstützungssystemen und Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten an vorderster Front, insbesondere in Hochrisikogebieten.

6. Der Bund der freien Gewerkschaften der Ukraine (KVPU) berichtete in einem Schreiben vom 26. April 2025 an „die zuständige Stelle“, dass er seit 2014 die Kontrolle über 13 Büros und Einrichtungen in den von der Russischen Föderation besetzten Gebieten verloren habe.¹⁶ Darüber hinaus sind die Rechtsstreitigkeiten über Gewerkschaftsvermögen in der Ukraine noch immer ungelöst. Gesetzentwürfe, die derzeit dem ukrainischen Parlament (Werchowyna Rada der Ukraine) vorliegen, würden es dem Staat erlauben, das Eigentum öffentlicher Organisationen zu beschlagnahmen, dies betrifft auch das Eigentum der Föderation der Gewerkschaften der Ukraine (FPU). Sie sieht sich der Gefahr ausgesetzt ihre Ausbildungszentren, Gewerkschaftshäuser, Sanatorien und touristischen Einrichtungen zu verlieren.¹⁷
7. Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen (KKMU) tragen weiterhin die Hauptlast der kriegsbedingten Umwälzungen, wobei sich die direkten Verluste in Handel und Industrie bis Anfang 2025 auf schätzungsweise 17 Milliarden US-Dollar belaufen.¹⁸ Durch die verstärkten Angriffe auf die Energieinfrastruktur nahmen die Schäden in diesem Sektor um 93 Prozent zu, was die Produktivität zusätzlich einschränkte.¹⁹ Die Energieknappheit sowie Störungen in den Lieferketten resultierten in Beschränkungen bei den Produktionskapazitäten und zwangen eine Vielzahl von Unternehmen, insbesondere in den Frontregionen, ihre Geschäftstätigkeit aussetzen oder zu minimieren. Auch wenn sich einige Unternehmen durch die Diversifizierung ihrer Produkte, die Digitalisierung ihrer Betriebsabläufe oder eine Verlagerung in sicherere Regionen an die Umstände anpassen konnten, ist das Vertrauen der Wirtschaft insgesamt nach wie vor gering, da hohe Betriebskosten, logistische Schwierigkeiten und die Unsicherheit eine wirtschaftliche Erholung bremsen. Maßnahmen zur Ankurbelung der Unternehmenstätigkeit, insbesondere durch den Zugang zu externen Märkten und staatliche Unterstützung, sind weiterhin von wesentlicher Bedeutung, um die Beschäftigung zu stabilisieren, um eine mittelfristige wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit zu gewährleisten.
8. Die Ukraine steht weiterhin vor enormen humanitären und beschäftigungspolitischen Herausforderungen, einschließlich eines erheblichen Arbeitskräftemangels. Durch massive Vertreibungen, demografische Verschiebungen und die notwendige Wiedereingliederung von Veteranen und älteren Arbeitnehmern, die nur begrenzt am Arbeitsmarkt teilnehmen können, wird dieser Mangel noch verschärft. Im April 2025 belief sich die Zahl der Binnenvertriebenen in der Ukraine auf schätzungsweise 3,8 Millionen Menschen, was 11,9 Prozent der Bevölkerung des Landes entspricht.²⁰ Veteranen, die derzeit mindestens 936.000 Erwachsene im erwerbsfähigen Alter ausmachen, haben es bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt besonders schwer. Anfang 2025 waren 42 Prozent von ihnen aktiv auf Beschäftigungssuche, und nahezu 60 Prozent gaben an, ein Einkommen unterhalb des Existenzminimums zu haben. Viele haben

¹⁶ Schreiben des Bundes der freien Gewerkschaften der Ukraine (KVPU) vom 26. April 2025.

¹⁷ Schreiben von Akiko Gono, Präsidentin, und Luc Triangle, Generalsekretär, des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), an Herrn Gilbert Houngbo, Generaldirektor des IAA, „Ukraine – Ersuchen um dringende Intervention des IAA-Generaldirektors“ vom 6. Februar 2025.

¹⁸ UNDP, *Ukraine: Fourth Rapid Damage and Needs Assessment (RDNA4)– February 2022 – December 2024*, 25. Februar 2025

¹⁹ UNDP, *Ukraine: Fourth Rapid Damage and Needs Assessment (RDNA4)*.

²⁰ IOM, *Ukraine Internal Displacement Report: General Population Survey – Round 20 (April 2025)* (ReliefWeb), 18. April 2025

zudem keinen Zugang zu Umschulungsmöglichkeiten und psychosozialer Unterstützung und sind nicht ausreichend über bestehende Berufsbildungsprogramme informiert.²¹

9. In der im März 2022 angenommenen Entschließung werden die IAO-Mitgliedstaaten aufgefordert, gemäß dem nationalen Recht und dem geltenden internationalen Recht Maßnahmen zu ergreifen, um den Schutz der Arbeitnehmerrechte und die Gewährleistung eines sicheren Umfelds für alle Ukrainer, die im Ausland Zuflucht suchen – 6,8 Millionen Ukrainer, vorwiegend in europäischen Ländern –, sicherzustellen.²² Gemeinsame Forschungsarbeiten des UNHCR, der Internationalen Organisation für Migration (IOM), von UN Women und der IAO lassen auf allgemein positive Trends bei der Eingliederung der ukrainischen Flüchtlinge in die Arbeitsmärkte der Aufnahmeländer schließen. Die in zehn Ländern durchgeführten Forschungsarbeiten ergaben einen Anstieg der Beschäftigungsquote von 55 Prozent im Jahr 2023 auf 64 Prozent im Jahr 2024 sowie einen Zuwachs der Löhne um durchschnittlich 28 Prozent. Es zeigte sich jedoch auch, dass sich das hohe Bildungsniveau der ukrainischen Flüchtlinge nicht unbedingt zu einer höheren Arbeitsmarktbeteiligung führt und dass mit dem hohen Ausbildungsstand verbundene Lohnzuschlag für ukrainische Flüchtlinge weitaus geringer ausfällt als für Staatsangehörige der Aufnahmeländer (16 Prozent gegenüber 78 Prozent).²³ Für die Behebung des Arbeitskräftemangels in der Ukraine werden zudem strategische Anstrengungen vonnöten sein, um die Kompetenzen von Flüchtlingen, die in das Land zurückkehren, zu nutzen und ihre Wiedereingliederung in die Volkswirtschaft zu erleichtern.

► Unterstützung der IAA für dreigliedrige Mitgliedsgruppen bei der Umsetzung der Übergangskooperationsstrategie der IAO für die Ukraine 2024–25 und der Entwicklungszusammenarbeit in der Ukraine

Regierung und Politik

10. Auf Ersuchen des Wirtschaftsministeriums, des Ministeriums für Sozialpolitik und anderer nationaler Partner unterstützt das Amt weiterhin die ukrainische Regierung, wobei der Schwerpunkt auf der Angleichung der nationalen Rechtsvorschriften an die internationalen Arbeitsnormen liegt. Im Rahmen dieser Anstrengungen unterstützt das Amt auf Ersuchen der ukrainischen Regierung auch die Umsetzung der internationalen Arbeitsnormen betreffend der Kernpunkte der Kapitel 2 und 19 des Besitzstands der EU mit Bezug zu Arbeitsfragen.
11. Das Amt unterbreitet den nationalen Mitgliedsgruppen Fachkommentare zum Entwurf des Arbeitsgesetzbuchs und unterstützt weiterhin die mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über den sozialen Dialog betraute dreigliedrige Arbeitsgruppe, die unter der Schirmherrschaft des Wirtschaftsministeriums der Ukraine eingerichtet wurde. Das Amt setzt sich mit Unterstützung der kanadischen Regierung dafür ein, die Arbeitsrechtsreform voranzubringen, indem es die nationalen Kapazitäten für die Anwendung der internationalen Arbeitsnormen und eine entsprechende Berichterstattung stärkt. Zu den jüngsten Initiativen gehören die

²¹ IOM, *Veteran Profiles and Reintegration Challenges in Ukraine: Thematic Brief (March 2025)* (ReliefWeb), 27. März 2025

²² USA for UNHCR, „Ukraine Refugee Crisis: Aid, Statistics and News“.

²³ UNHCR, „High Employment Rates, But Low Wages: A Poverty Assessment Of Ukrainian Refugees In Neighboring Countries“, März 2025.

Bereitstellung fachlicher Rückmeldungen zum Entwurf des Arbeitsgesetzbuchs sowie zur Gesetzgebung zum Arbeitsschutz und zum sozialen Dialog, die Organisation einer speziellen Schulung für 40 Regierungsvertreter über die Berichterstattungspflichten und die Einführung eines Schulungskurses für Ausbilder, der speziell auf Richter zugeschnitten ist. Darüber hinaus war die Teilnahme einer erweiterten dreigliedrigen ukrainischen Delegation an der Akademie für internationale Arbeitsnormen, die im Mai 2025 im Internationalen Ausbildungszentrum der IAO (Turiner Zentrum) stattfand, ein wichtiger Meilenstein bei der Einbeziehung der internationalen Arbeitsnormen in die rechtlichen Reformprozesse des Landes. Parallel dazu zielt ein neues, von der IAO finanziertes Projekt darauf ab, die Mechanismen für den sozialen Dialog neu zu beleben, die gütliche Beilegung von Arbeitskonflikten im Einklang mit den internationalen Arbeitsnormen zu fördern und die Fähigkeit der dreigliedrigen Mitgliedsgruppen zu stärken, sich wirksam an der Reform des Arbeitsrechts und an den Wiederaufbaumaßnahmen zu beteiligen. Dazu gehört auch die Unterstützung von Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden bei der Entwicklung von Dienstleistungen und die Stärkung der Fähigkeit der Gewerkschaften, sich wirksam am sozialen Dialog und an Kollektivverhandlungen zu beteiligen.

12. Die IAO arbeitet in verschiedenen anderen strategischen Bereichen weiterhin eng mit der ukrainischen Regierung zusammen. In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Sozialpolitik werden zusätzliche Szenarien entwickelt, um das versicherungsmathematische Modell der Ukraine zu verbessern und bei der Gestaltung tragfähiger Sozialschutzsysteme zu helfen. Parallel dazu führt die IAO eine Friedens- und Konfliktanalyse in der Ukraine durch, um die zentralen Herausforderungen in der Arbeitswelt zu ermitteln und die Wiederaufbaumaßnahmen zu steuern. Dazu gehört eine Einschätzung der Auswirkungen des Konflikts mit Fokus auf den Aspekten sozialer Dialog, Arbeitsmarktreform, Entwicklung von KKMU, Geschlechtergleichstellung und sozialer Zusammenhalt, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf der Wiedereingliederung ehemaliger Kombattanten, der Schnittstelle zwischen Pflege und Betreuung sowie menschenwürdiger Arbeit und der Rolle von KKMU als wesentlichen Triebkräften für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Friedenskonsolidierung liegt. Darüber hinaus werden Maßnahmen zum Aufbau von Kapazitäten ergriffen, um nationale Institutionen bei der Erfüllung ihrer Berichterstattungspflichten im Rahmen der internationalen Arbeitsnormen zu unterstützen, einschließlich gezielter Schulungen zu den Übereinkommen, für die 2025 ein Bericht fällig ist.
13. Die IAO setzt ihre Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Arbeitsvermittlungsdienst der Ukraine fort, um die lokalen Arbeitsämter zu modernisieren und die Dienstleistungen sowohl für Arbeitsuchende als auch für Arbeitgeber zu verbessern. Im Rahmen seiner Initiativen bietet der Staatliche Arbeitsvermittlungsdienst Beschäftigungsdienste für verschiedene Gruppen an, darunter Frauen, junge Menschen, Menschen mit Behinderungen, Binnenvertriebene und Kriegsveteranen. Zu den verfügbaren Dienstleistungen gehören die Vermittlung von Arbeitsplätzen, Förderprogramme für Arbeitgeber betreffend bestimmte Arbeitnehmergruppen, Initiativen für öffentliche Arbeiten, öffentlich geförderte Beschäftigung und Gutscheine als Unterstützung für die Umschulung und Höherqualifizierung von Arbeitsuchenden. Im Rahmen der Krisenreaktionsinitiative des Generaldirektors wurde ein neues IAO-Projekt auf den Weg gebracht, um die rasche Umschulung und Höherqualifizierung von Frauen und gefährdeten Gruppen zu unterstützen, damit diese den sich verändernden Anforderungen des Arbeitsmarkts gerecht werden und Zugang zu nachhaltigen Beschäftigungsmöglichkeiten erhalten.²⁴

²⁴ IAO, „ILO launches new Local Employment Partnership project in Kyiv region, focusing on job creation for vulnerable groups“, 22. April 2025.

Besonderes Augenmerk wird dem Thema Behinderung gewidmet. Von Januar bis März 2025 wurden im Rahmen der nationalen Entschädigungsinitiative 573 Arbeitsplätze an die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen angepasst.

14. Im Rahmen eines Projekts, das von Belgien finanziert wurde, wurden auch die nationalen Bemühungen ausgeweitet, um die Arbeitsaufsicht zu stärken. Gezielte Aktivitäten zur Stärkung der Kapazität waren darauf ausgerichtet, die Identifizierungs- und Datenerhebungsmethoden zu verbessern, strategische Ansätze zur Einhaltung von Vorschriften zu entwickeln und Instrumente zur sozialen Mobilisierung zu fördern, um die Risiken des Menschenhandels und der Zwangsarbeit, insbesondere bei den Vertriebenen und Flüchtlingen, anzugehen. In diesem Zusammenhang wurde die Zusammenarbeit mit der Europäischen Arbeitsbehörde in Betracht gezogen.
15. Die 2024 ins Leben gerufene Initiative „Made in Ukraine“ hat den Zugang zu Unterstützungsdiensten für kleine und mittlere Unternehmen erweitert. Diese nationale Initiative baut auf der früheren Zusammenarbeit mit der Föderation der Arbeitgeber der Ukraine (FEU) auf, die von der IAO unterstützt wurde, um eine Lokalisierungsinitiative ins Zentrum zu rücken, die sich auf die lokale Produktion von humanitären Gütern konzentriert und das Potenzial zur Entwicklung einheimischer Unternehmen in Krisenzeiten auf erfolgreiche Weise unter Beweis gestellt hat. Bis Anfang 2025 wurden 85 regionale Unterstützungsbüros eingerichtet, die mehr als 65.000 Beratungen in den Bereichen Unternehmensregistrierung, Entwicklung, Ausbildung sowie Zugang zu elf nationalen Programmen zur Unterstützung von Kleinst- und Kleinunternehmen durchgeführt haben.
16. Mit neuen Fördermitteln der Schwedischen Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit (SIDA) intensiviert die IAO die Wirkung ihrer Kinderbetreuungsinitiative, deren Finanzierungszeitraum aus dem regulären Haushalts-Zusatzkonto (HZK) im März 2025 endete. Das Projekt verbessert den Zugang von Frauen zu Beschäftigung, indem das Angebot an bezahlbaren Kinderbetreuungsmöglichkeiten in den Frontregionen ausgebaut wird, und unterstützt Reformen der Vorschulbildung sowie Strategien für Elternurlaub und begünstigt die Entwicklung von Ausbildungsprogrammen für Pflege- und Betreuungskräfte und die Ausarbeitung von Politikkonzepten .
17. Die IAO stärkt weiterhin ihre Zusammenarbeit mit der UN-Mission zur Überwachung der Menschenrechtssituation in der Ukraine (HRMMU), um die Verbindung zwischen internationalen Arbeitsnormen, Menschenrechtsvorschriften und humanitärem Recht zu verbessern. Aufbauend auf früheren Anstrengungen wurde eine zweite Runde gemeinsamer Schulungen für HRMMU-Beobachter zur Ermittlung und Überwachung von Verstößen gegen die Arbeitnehmerrechte geplant. Das IAO-Landesbüro für die Ukraine beteiligt sich weiterhin aktiv an gemeinsamen Programmen und Initiativen mit UN-Organisationen. Zu den bemerkenswerten gemeinsamen Initiativen gehört ein vorgeschlagenes Projekt mit der WHO und dem UNDP im Rahmen der Partnerschaft der Vereinten Nationen zur Förderung der Rechte von Menschen mit Behinderungen (UNPRPD), das darauf abzielt, durch die Stärkung der Steuerungsrahmen, eine verbesserte Erbringung von Dienstleistungen und die Förderung des Zugangs zu Arbeitsplätzen systemische Hürden für Menschen mit Behinderungen abzubauen.
18. Das Amt unterstützte die ukrainische Regierung weiterhin dabei, den Ratifizierungsprozess für mehrere internationale Arbeitsnormen voranzubringen. Dies umfasste insbesondere die Organisation von Fachseminaren mit besonderem Fokus auf dem Übereinkommen (Nr. 181)

über private Arbeitsvermittler, 1997, dem Seearbeitsübereinkommen, 2006, in der geänderten Fassung (MLC, 2006) und dem Übereinkommen (Nr. 185) über Ausweise für Seeleute (Neufassung), 2003. Gleichzeitig setzte sich das Amt aktiv für die Ratifizierung des Übereinkommens (Nr. 190) über Gewalt und Belästigung, 2019, sowie des Übereinkommens (Nr. 183) über den Mutterschutz, 2000, ein.

Gewerkschaften

19. Das Amt unterstützt die Gewerkschaften weiterhin dabei, ihre Reichweite sowie ihre Dienstleistungen für ihre Mitglieder auszuweiten, mit besonderem Fokus auf gefährdeten Gruppen wie Binnenvertriebenen, Menschen mit Behinderungen und Veteranen. In den Frontregionen Charkiw und Dnipropetrowsk hat die KVPU zwei Anlaufstellen als Gewerkschaftsbüros eingerichtet, um den betroffenen Arbeitnehmern unmittelbare Unterstützung bereitzustellen. Darüber hinaus hat die lokale Gewerkschaftsorganisation der ukrainischen Gewerkschaft der Beschäftigten im Seeverkehr (MTWTU) in Ismail (Region Odessa) mit Unterstützung der IAO ein Beratungs- und Rechtshilfezentrum eingerichtet, das sowohl vor Ort als auch online Dienstleistungen erbringt, einschließlich eines Nebenbüros im Internationalen Seemannsclub Ismail. Das Zentrum bietet Gewerkschaftsmitgliedern, einschließlich Seeleuten, Hafenarbeitern und an Land beschäftigten Arbeitnehmern, Rechtsberatung zu Fragen im Bereich Arbeitsschutz sowie zu anderen arbeitsbezogenen Themen und unterstützt den Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten durch Initiativen für die Ausbildung im Bereich Unternehmensgründung. Parallel dazu unterstützt das Amt die Gewerkschaften bei der Stärkung ihres Engagements für den dreigliedrigen Dialog über die Reform des Arbeitsrechts, einschließlich ihrer proaktiven Beteiligung an der Ausarbeitung eines neuen Arbeitsschutzgesetzes (siehe Absatz 10).
20. Im Rahmen umfassenderer Bemühungen zur Stärkung der Arbeitsmarktsteuerung in der Ukraine durch den sozialen Dialog und in Zusammenarbeit mit dem Turiner Zentrum bietet das Amt regionalen dreigliedrigen Mitgliedsgruppen – einschließlich Vertretern regionaler Gewerkschaftsverbände in den Oblasten Mykolajiw und Odessa – Unterstützung beim Aufbau der Fähigkeiten im Bereich Konsensbildungs- und Verhandlungskompetenzen. Mit dieser Initiative sollen die Teilnehmer befähigt werden, Konflikte konstruktiv zu bewältigen, komplexe Verhandlungen zu führen und die Zusammenarbeit und Produktivität am Arbeitsplatz zu fördern.

Arbeitgeberverbände

21. Erfreulicherweise berichten einige Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände über positive Trends bei den Beitragseingängen und beim Zuwachs der Mitgliederzahlen, was darauf hindeutet, dass die Arbeitgeber die Dienstleistungen der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände weiterhin zu schätzen wissen. Dieser Optimismus wird jedoch durch die anhaltende Instabilität und die Unwägbarkeiten der wirtschaftlichen Erholung gedämpft. Das Amt unterstützt die ukrainischen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände weiterhin bei der Entwicklung neuer Dienstleistungen und der Diversifizierung ihres Angebots. Über das von Belgien unterstützte Projekt und das aus dem HZK finanzierte Projekt zur Förderung eines inklusiven und nachhaltigen Wiederaufbaus über sozialen Dialog konnten mehrere Aktivitäten durchgeführt werden (siehe Absatz 12).
22. Die Föderation der Arbeitgeber der Ukraine (FEU) hat einen Dienst eingerichtet, der die Wiederaufnahme der Industrieproduktion unterstützen soll, indem er ukrainischen Unternehmen Zugang zu internationalen Zulieferern, Wartungsdiensten, Subventionsprogrammen und B2B-Möglichkeiten bietet, einschließlich einer bedarfsorientierten Kontaktvermittlung. Im März

2025 organisierte die FEU ein Treffen sowie Betriebsbesichtigungen mit führenden deutschen Werkzeugmaschinenherstellern, um neue Industriepartnerschaften weiter auszubauen. Darüber hinaus entwickelt der Verband der Metallurgen der Ukraine, der der FEU angeschlossen ist, einen neuen Dienst der Beteiligung von Frauen in traditionell von Männern dominierten Berufen im Bergbausektor fördern soll. Die Metallindustrie wurde von den dreigliedrigen Mitgliedsgruppen als Pilotsektor ausgewählt, um eine praxisbezogene Gemeinschaft („Community of Practice“) für die Zusammenarbeit am Arbeitsplatz aufzubauen.

23. Der Bund der Arbeitgeber der Ukraine (CEU) hat Aktivitäten zur Erweiterung und Diversifizierung seiner Beratungsdienste hinsichtlich der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen eingeleitet. Eine bei 250 Unternehmen durchgeführte Erhebung ergab, dass zwar viele Unternehmen die gesetzlich festgelegten Quoten für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung erfüllen, jedoch nach wie vor erhebliche Herausforderungen bestehen, wie etwa die mangelnde Unterstützung bei der Einstellung und unzureichende Kenntnisse in Bezug auf angemessene Vorkehrungen. Als Reaktion darauf hat der CEU in enger Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Arbeitsvermittlungsdienst praktische Leitlinien formuliert. Diese sollen den Unternehmen bei der Entwicklung und Umsetzung interner Strategien zur wirksamen Integration von Menschen mit Behinderung behilflich sein.²⁵
24. Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Ukraine (AEOU) hat Initiativen zur Unterstützung von Unternehmen beim Übergang zu unabhängigen alternativen Energiequellen auf den Weg gebracht. Ein neuer „Helpdesk für grüne Energie“ wurde für Schulungszwecke sowie zur Durchführung schneller Energieaudits eingerichtet.²⁶ Dies steht im Einklang mit der Entwicklung einer Initiative des Amtes für den Energiesektor, die auf den Schutz der Arbeitnehmer, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Förderung der Qualifikationsentwicklung für eine grüne und dezentralisierte Energiezukunft ausgerichtet ist. Darüber hinaus fördert der Arbeitgeberverband des Gesundheitssektors, der der AEOU angeschlossen ist, die Produktivität und das Wohlbefinden am Arbeitsplatz durch psychosoziale Unterstützungsdienste in den Unternehmen.
25. Die Entwicklung des Unternehmertums wird durch zwei Projekte gefördert, die von Belgien und Dänemark finanziert werden, wobei der Schwerpunkt auf der Erweiterung des Programms *Start and Improve Your Business* (SIYB) liegt. Trotz der kriegsbedingten Schwierigkeiten wurde das Expertennetzwerk dieser Initiative erweitert und angepasst, um den sich verändernden Bedürfnissen der Gemeinschaften und Sektoren Rechnung zu tragen. Im Rahmen des SIYB-Programms wurden im Kontext des Kriegsrechts 52 neue Unternehmen gegründet.

► Aktuelle Informationen über die Bemühungen um Ressourcenmobilisierung für die Länder Osteuropas und Zentralasiens

26. Gemäß der vom Verwaltungsrat auf seiner 344. Tagung angenommenen Entschließung wurde die Unterstützung des Amtes für die Mitgliedsgruppen in Zentralasien und im Südkaukasus in den entsprechend in früheren Berichten an den Verwaltungsrat beschriebenen Fachbereichen fortgesetzt, und zwar sowohl in Bezug auf die fachliche Hilfe durch das DWT/CO-Moskau als

²⁵ Презентация PowerPoint.

²⁶ AEOU, Realities and Prospects of Renewable Energy in Ukraine, 2. Mai 2025.

auch mittels der Durchführung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit.²⁷ Derzeit werden Maßnahmen ergriffen, um die Kürzung der Mittel durch die US-Regierung, von der einige Länder der Subregion betroffen sind, auszugleichen.

► Die Situation der IAA-Bediensteten

27. Insgesamt ist die Situation der IAA-Bediensteten in den verschiedenen Ämtern unverändert, und die operativen Arbeitsabläufe wie zuvor beschrieben, sind im Wesentlichen gleich geblieben. In der Ukraine hat die andauernde Sicherheitslage nach wie vor Auswirkungen auf die Moral und die psychische Gesundheit der Bediensteten. Das Amt gewährt den Bediensteten weiterhin zusätzlichen Sonderurlaub für Erholungszwecke und bietet ihnen verstärkte psychosoziale Betreuung an. Trotz dieser Schwierigkeiten hat das IAO-Team in der Ukraine nach wie vor seine Widerstandsfähigkeit bewiesen und setzt sich auch unter den außerordentlichen Bedingungen für die Erfüllung seiner Ziele ein. Seit März haben sich die Diskussionen über das Abkommen mit dem Gastland intensiviert. Ein erfolgreicher Abschluss der bereits seit September 2023 geführten Verhandlungen über ein Abkommen mit dem Gastland würde zu einer deutlichen Verbesserung der operativen Kapazitäten des Amtes führen und den Bediensteten einen wirksameren Schutz gewährleisten.

► Bereiche für weitere Maßnahmen

28. Das Amt setzt sich aktiv für eine wirksame Beteiligung der Sozialpartner an der geplanten Ukraine-Wiederaufbaukonferenz ein, die im Juli 2025 in Rom stattfinden wird. Insbesondere geht es darum, eine dreigliedrige Vereinbarung zwischen der Regierung, den Arbeitgeber- und den Arbeitnehmerverbänden der Ukraine über die Arbeitsreform und die künftigen Einrichtungen des Arbeitsmarkts zu erzielen.
29. Das Amt pflegt nach wie vor eine aktive Kooperation mit den Partnern der Entwicklungszusammenarbeit in Form eines strukturierten Dialogs, wie zuletzt bei den jährlichen Konsultationen mit Belgien, der Schweiz, Dänemark und Luxemburg, die unter der Leitung der Hauptabteilung Multilaterale Partnerschaften und Entwicklungszusammenarbeit geführt wurden. Zurzeit werden mehrere Konzeptpapiere erarbeitet, die bei der Umsetzung der Kooperationsstrategie der IAO für die Ukraine 2024–25 während der Übergangszeit behilflich sein sollen. Das Amt bemüht sich um die Mobilisierung von Finanzmitteln, um die dreigliedrigen Kapazitäten weiter zu stärken und die Arbeitsreform voranzubringen. Im Hinblick auf die Erreichung dieser Ziele finden derzeit Gespräche mit Partnern der Entwicklungszusammenarbeit und internationalen Finanzinstitutionen statt.

²⁷ Einzelheiten sind den Dokumenten [GB.347/INS/16](#) und [GB.348/INS/5/2](#) zu entnehmen.

► Beschlussentwurf

30. Im Licht der in der Vorlage GB.354/INS/6 dargelegten Entwicklungen in der Ukraine und der auf seiner 344. Tagung (März 2022) angenommenen EntschlieÙung über die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter dem Aspekt des Mandats der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) sowie unter Berücksichtigung der auf seiner 354. Tagung geführten Diskussionen und erteilten Leitvorgaben hat der Verwaltungsrat:

- a) Kenntnis von den in der Vorlage enthaltenen Informationen genommen;
- b) seine überaus tiefe Besorgnis über die anhaltende, von der belarussischen Regierung unterstützte Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine und ihre aktuellen Auswirkungen auf die dreigliedrigen Mitgliedsgruppen – Arbeitnehmer, Arbeitgeber und die demokratisch gewählte Regierung – in der Ukraine sowie auf die Arbeitswelt außerhalb der Ukraine bekräftigt;
- c) die Russische Föderation erneut nachdrücklich aufgefordert, ihre Aggression unverzüglich und bedingungslos einzustellen und ihre Truppen aus der Ukraine abziehen;
- d) die Russische Föderation nachdrücklich aufgefordert, in Übereinstimmung mit dem vom Sachverständigenausschuss auf seiner 95. Tagung (25. November bis 7. Dezember 2024) formulierten Ersuchen alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um für eine wirksame Umsetzung des Übereinkommens (Nr. 155) über den Arbeitsschutz, 1981, und des Übereinkommens (Nr. 115) über den Strahlenschutz, 1960, einschließlich des Schutzes der Arbeitnehmer vor ionisierenden Strahlen bei ihrer Arbeit, zu sorgen, und die gewissenhafte Umsetzung des Seearbeitsübereinkommens, 2006, in der geänderten Fassung (MLC, 2006) zu gewährleisten;
- e) erneut seine uneingeschränkte Unterstützung für die dreigliedrigen Mitgliedsgruppen in der Ukraine bekundet und den Generaldirektor ersucht, weiterhin auf die Bedürfnisse der Mitgliedsgruppen in der Ukraine einzugehen und die Bemühungen der IAO um Ressourcenmobilisierung auszuweiten, auch im Rahmen der anstehenden internationalen Geberkonferenzen für Erholung und Wiederaufbau;
- f) den Generaldirektor ersucht, die Bemühungen um Ressourcenmobilisierung für andere betroffene Länder Osteuropas und Zentralasiens weiter zu verstärken;

den Generaldirektor ersucht, die Auswirkungen der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf die Arbeitswelt weiterhin zu überwachen und dem Verwaltungsrat auf seiner 355. Tagung (November 2025) über die Entwicklungen vor dem Hintergrund der EntschlieÙung, namentlich über die fortdauernde Zusammenarbeit der IAO mit den maßgeblichen Organen der Vereinten Nationen hinsichtlich der Überwachung von Arbeitnehmerrechtsverletzungen, einschließlich der Situation der Seeleute und der Beschäftigten in der Atomindustrie, Bericht zu erstatten.